

## Analyse: Ergebnisse unserer Petition

(Stand Juli 2002)

von Hans Schuster

Bekanntlich hatte sich die Bucher Zukunftswerkstatt im Oktober vorigen Jahres mit einer Stellungnahme zu „Folgen und Konsequenzen der Terroranschläge vom 11. September 2001“ an die Öffentlichkeit und insbesondere mit persönlichen Anschreiben an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages gewendet.

Das Schreiben löste „erschreckend wenige Reaktionen“ (Dr.Pürschel) aus: die SPD- und die FDP-Fraktion schickten gesammelte Reden und Aufsätze zum Thema Afghanistan und Anti-Terror-Kampf, Dr. Sabine Bergmann Pohl (CDU) sandte eine persönliche Verpflichtung zur entschiedenen Verteidigung der Grundwerte der zivilisierten Gesellschaft und verwies auf das gemeinsame Bekenntnis von SPD, CDU/CSU, Grünen und FDP zum Nato-Bündnisfall, Christa Nickel von den Grünen übermittelte ein Presse-Interview, in dem sie trotz Bündnisfall für einen Dialog der Kulturen und Religionen wirbt. Geradezu unisono betonten sie die Begrenztheit des deutschen militärischen Einsatzes in Afghanistan und bedauerten sie die geringe Publizität vielfältigen humanistischen Engagements; differenzierteres Eingehen auf die Anliegen unseres Vereins unterblieb. Lediglich die PDS-Fraktion bekräftigte die von uns vertretene Ansicht der Untauglichkeit von Krieg zur Bekämpfung des Terrorismus und stellte Übereinstimmung in wesentlichen Forderungen fest.

Angesichts dessen entschloss sich unser Verein, dem Rat einer PDS-Bundestagsabgeordneten zu folgen (Heidemarie Lüth) und seine Stellungnahme als Petition an den Bundestag zu formulieren, um zumindest eine Auseinandersetzung darüber in diesem Gremium des Bundestages zu erzwingen.

Inzwischen sind **zwei abschließende Antworten des Petitionsausschusses** eingegangen (einzelne Forderungen unserer Petition wurden offenkundig im Zusammenhang mit ähnlichen oder gleichen Forderungen anderer Petenten behandelt, und die Antworten widerspiegeln Mehrheitsmeinungen des Petitionsausschusses).

Der Petitionsausschuss könne keine Aufhebung des Nato-Beschlusses über den Bündnisfall in Aussicht stellen, heißt es in der abschließenden Antwort an etwa 4 800 Petenten zum militärischen Engagement der BRD. Diese hatten wie wir gefordert, Deutschland solle nicht an kriegerischen Handlungen gegen andere Staaten im Zusammenhang mit dem Attentat vom 11. September teilnehmen. In der Begründung wird gesagt, die Anschläge hätten sich generell „gegen alle offenen und freiheitlichen Gesellschaften“ gerichtet sowie elementarste Grundwerte menschlichen Zusammenlebens und Regeln staatlicher und internationaler Ordnung verletzt. Die wesentliche Reaktion darauf sei die Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit zur Verhütung und Verfolgung terroristischer Straftaten, der inhaltlich und zeitlich (bis 20. Juni 2002) begrenzte Einsatz deutscher Soldaten nur eine notwendige Teilkonsequenz. Es sei dies „kein Mandat für kriegerische Handlungen gegen fremde Staatsgebiete“. (Der Zeitrahmen ist inzwischen in relativer Stille ausgeweitet.)

Der Petitionsausschuss weist die Forderung nach einer Volksabstimmung über militärische Einsätze zurück, weil die Aufnahme plebiszitärer Elemente in die Verfassung sich zwar erneut in Diskussion befände, aber weder grundsätzlich noch im einzelnen geklärt sei. Der Forderung nach ziviler Hilfe für Afghanistan sei mit 50 Millionen Euro 2001 und 80 Millionen 2002 aus Bundesmitteln umfänglich entsprochen.

Die zweite abschließende Antwort (ein Dokument älteren Datums) betrifft die Einrichtung eines Internationalen Strafgerichtshofes. Die Forderung sei überholt, die Bundesregierung habe sich aktiv für dieses Anliegen eingesetzt und zum Beispiel das Statut eines solchen Gerichtshofes bereits 1998 unterzeichnet. (Der Vertrag über diesen Gerichtshof ist übrigens seit kurzem in Kraft, die USA haben jedoch dessen Zuständigkeit für ihre Bürger zunächst für ein Jahr ausgesetzt und arbeiten inzwischen auch an ihrer Freistellung durch zweiseitige Verträge mit anderen Staaten, z.B. Restjugoslawien. Eine explizite Stellungnahme deutscher Politik dazu steht aus.)

**Wesentliche Teile unserer Petition sind noch immer unbeantwortet.** Das betrifft politische Aktivitäten für eine Definition von Terror, die Terror durch Staaten einschließt; für die Schaffung eines Gewaltmonopols der UNO, auch gegen grenzüberschreitenden Terrorismus; für die Entwicklung konkreter Zielsetzungen zur Herstellung einer Weltordnung, die auf Dialog und gleichberechtigter Kooperation aufbaut; für die Aufkündigung aller Bündnisverpflichtungen im Fall des Ersteinsatzes von Atomwaffen durch die USA; für die Absage des Bundestages an die Ausweitung des Einsatzes militärischer Mittel bezüglich Zielstellung und Regionen.

Ausgeblieben sind offizielle Stellungnahmen zum Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung bei gruppenaggressiver Stimmungslage und die Rehabilitierung von Bürgern, die wegen abweichender Meinung gemäßregelt wurden. Lediglich die PDS hat, da selbst betroffen, zaghaft das Recht auf abweichende Meinung eingeklagt. Nicht zustande kam das von unserem Verein angeregte Abgeordnetengespräch über das Verhaltensmuster der Gruppenaggression, von dem vielleicht eine stärkere Beschäftigung der Öffentlichkeit mit dieser Erscheinung und ihrem Missbrauch in der Politik hätte ausgehen können; allerdings dürften wir Maßnahmen dazu wohl auch weniger von der Politik erwarten.

Es gab zwei diskutierenswerte **persönliche Ausführungen** von Persönlichkeiten aus der Politik zur Stellungnahme unseres Vereins. Egon Bahr (SPD) hielt die Stellungnahme für unangemessen. Erstens hätten die Anschläge seines Erachtens auf die von uns als richtig empfundene Ordnung gezielt (und nicht nur auf eine Macht oder den Missbrauch einer Macht, was sie nicht bessert, aber eine andere Sicht darauf erfordert - H.S.). Zweitens hätten die Terroranschläge einer nichtstaatlichen Organisation auf die USA das Gewaltmonopol der Staaten verletzt, das aber unbedingt wieder hergestellt werden müsse, und sich dabei auszuschließen wäre für Deutschland unverantwortlich, dumm und lächerlich (eine Form des Gruppenzwangs unter Staaten? - H.S.); Deutschland sei ohnehin nicht mehr reich genug, andere die Blutarbeit machen zu lassen und selbst nur zu bezahlen. Drittens hätten die USA besonnen auf die Terroranschläge geantwortet, weil sie von ihrem Unilateralismus abgegangen seien und sich wieder um ein breites Bündnis bemüht hätten, was ein neuer Ansatz in der Weltpolitik sei (wobei strikter Gehorsam im Bündnis doch wohl lediglich verschärfter Unilateralismus ist - H.S.). Diese Begründungen für die Unangemessenheit unserer Stellungnahme scheinen entschieden schwächer als seine weiteren Ausführungen, in denen er für die Herstellung einer neuen Weltordnung gleichberechtigter und respektierter Partner unterschiedlicher politischer und kultureller Überzeugungen im Kampf gegen den Terrorismus plädiert, aus der heraus der ökonomischen Globalisierung eine politische Steuerung erwachsen könne, die statt bisheriger „geschäftiger Untätigkeit“ die Ungerechtigkeiten des nackten Marktes mildert und die Armut bekämpft. Da sehen wir Übereinstimmung - nur: Das ganze klingt fast so, als sei ein bisschen Krieg eher als Kollateralschaden auf dem Weg zu dieser Ordnung oder gar als Notwendigkeit zu betrachten und keineswegs als Hindernis. Krieg oder Nichtkrieg gegen den Irak könnte ein Prüfstein für Bahrs Gedankengebäude sein.

Wolfgang Gehrcke (PDS) merkte in seinem insgesamt zustimmenden Schreiben an, er bezweifle, dass staatliche Entscheidungen auf der Grundlage von Gruppenaggressionen getroffen würden. Das hat unsere Stellungnahme auch nicht behauptet. Troja wurde nicht zerstört, weil Paris Helena entführte, sondern weil die Stadt den griechischen Fernhandel ins Schwarze Meer empfindlich beeinträchtigte (was allerdings die meisten für den lokalen Markt produzierenden griechischen Bauern und Handwerker kaum zum Feldzug hätte begeistern können). Und Afghanistan wurde nicht El Qaidas und des „gerechten Kampfes gegen das Böse“ wegen mit neuem Krieg überzogen, sondern weil ein Regime installiert werden sollte, das einer amerikanischen Pipeline zum mittelasiatischen Erdöl und Erdgas aufgeschlossen gegenübersteht. Die Kriegspläne waren nach jüngeren Aussagen bereits im Sommer vor den Anschlägen auf die Twin Towers und das Pentagon, aber nach gescheiterten Kontaktversuchen mit Talibanführern im wesentlichen fertig. Was den Schluss nahelegt, dass seit Agamemnons Zeiten politische Entscheidungen meist nach nüchterner Abwägung machtpolitischer, bündnispolitischer und ökonomischer Interessen getroffen, jedoch oft unter Ausnutzung menschlicher Verhaltensmuster wie eben der Gruppenaggression durchgesetzt werden.